Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 356. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Sonnabend, den 2. August 1862.

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 1. August. Oberst Acerbi, General-Intendant der Süd-Armee, ist verhaftet worden.

Die „Monarchia nazionale" dementirt das Gerücht von der Abreise Garibaldis nach Messina; die letzten Berichte datiren aus Palermo. General Cugia, der neue Präfekt von Palermo, ist dahin abgereist. — Der portugiesische Gesandte wird am Sonntage vom Könige in feierlicher Audienz empfangen werden. — Der Berichterstatter der Parlamentskommission betreffs der neapolitanischen Eisenbahn und der Uebereinkunft mit Rothschild, hat den Bericht vorgelegt, und schlägt einige wesentliche Modifikationen vor.

Wien, 1. August. Nachm. Das Unterhaus ist bis zum 15ten September vertagt worden.

Belgrad, 1. August. Nach einer Vefik Effendi zugegangenen telegraphischen Depesche sollen zwischen der Pforte und dem Fürsten von Montenegro Parlamentär-Verhandlungen stattfinden.

London, 1. August Nachm. Nach mit dem „Kangaroo" aus Newyork eingetroffenen Berichten vom 22. v. M. waren die Confödertirten bis fünf Meilen von Nashville vorgerückt. — Gerüchtsweise hieß es, daß die Franzosen Guaymas in der Provinz Sonora occupirt hätten.

London, 31. Juli. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Layard auf eine desfallsige Interpellation Cairds, daß eine Uebereinkunft mit Frankreich bestehe, nach welcher die Einfuhr von englischem Salz übereinstimmend mit dem belgischen Tarif zu regeln sei.

Turin, 31. Juli. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verlas der Präs. ein Schreiben des Min. der öffentl. Arb., Bastoggi, worin derselbe mittheilt, daß ihm das Anerbieten gemacht worden sei, eine anonyme Gesellschaft mit einem Kapital von 100 Millionen zum Bau von neapolitanischen Eisenbahnen zu gründen. Dieselbe will sofort eine Kaution von 2 Millionen niederlegen, 20,000 Aktien an Neapolitaner und Sicilianer überlassen und innerhalb 10 Tagen Zeichnungen annehmen. Der Entwurf wird einer Commission überwiesen werden.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

32. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (1. Aug.).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertische v. d. Heydt, v. Holzbrinck und mehrere Reg.-Commissarien.

Der Finanzminister überreicht den Bericht der oberschlesischen Typhus-Waisen; der Bericht geht an die Unterrichts-Commission. — Das Haus erklärt sich auf Vorschlag des Präsidenten und mit Rücksicht auf frühere Vorgänge damit einverstanden, daß das Mandat des Abg. Kreisrichter Winkelmann durch seine Ernennung zum Kreisgerichtsrath nicht als erloschen zu betrachten sei.

Es wird die gestern abgebrochene Discussion über den Gesetzentwurf, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Kohlfurt und Görlitz u. s. w. fortgesetzt.

Finanzminister v. d. Heydt: Da er bald im anderen Hause zu thun habe, so wolle er zunächst einige Bemerkungen auf die gestern gefallenen Aeußerungen und in Bezug auf die Resolution Michaelis-Lette machen. Er müsse zunächst darauf hinweisen, daß der Bau von Staatsbahnen nicht unter anderen Verhältnissen stattgefunden habe, als unter den in der Resolution bezeichneten. Es existirten jetzt vier Staatsbahnen, die Ostbahn, die Niederschlesisch-Märkische, die Westfälische und die Saarbrücker Bahn. Der Bau dieser Bahnen habe begonnen, ehe er in die Verwaltung eingetreten sei. Bei der Strecke Kreiensen-Altenbecken habe Braunschweig die Bedingung gestellt, daß sie eine Staatsbahn werde. Bei der Niederschlesisch-Märkischen Bahn mußte der Staat die garantirten Zinsen mit 3½ pCt. vollauf bezahlen, und es schien angemessen, die Verwaltung zu übernehmen; die Verwaltung hatte die Satisfaction, daß die Zinsen gleich vollständig aufkamen.

Der Bau der westfälischen Bahn war von einer Privat-Gesellschaft begonnen, und bei seinem Amtsantritt waren die Verhandlungen wegen Uebernahme durch den Staat so weit gediehen, daß, ohne die Regierung zu compromittiren, eine Rückkehr nicht thunlich war. Die erste Bahn, deren Verwaltung die Staatsregierung übernahm, war die Bergisch-Märkische; diese befand sich in der Lage, daß die Betriebskosten durch die Einnahme nicht gedeckt wurden; sie verlangte ein Darlehen von der Seehandlung; diese wollte dasselbe nur geben, wenn der Staat die Verwaltung übernähme; das geschah, und es wurden nicht nur die Betriebskosten gedeckt, sondern allmählich eine entsprechende Dividende erzielt. Andere Bahnen wußten ebenfalls nicht anders fertig zu werden, als dadurch, daß sie die Staatsregierung baten, die Verwaltung zu übernehmen. Die Tarife der Staatsbahnen seien durchweg billiger, als die der Privatbahnen. Die Verwaltung der Bahnen sei stets nur aus denselben Rücksichten übernommen, welche die Resolution im Auge habe. Darin könne er nur beistimmen, daß es gelingen möge, den Unternehmungsgeist für die Eisenbahnbauten zu heben; aber Gesetzgebung und Verwaltungsmaßregeln reichten hierzu nicht aus; das zeige die Thatsache, daß seit Jahren in keinem Lande des Continents Privatbahnen zu Stande gekommen seien ohne Garantie des Staates. Unsere Gesetzgebung und Verwaltung hindere den Unternehmungsgeist nicht. Die Legalität der Eisenbahnpolitik der Regierung sei durch gerichtliche Entscheidungen, selbst des höchsten Gerichtshofes, anerkannt. Man habe nun hervorgehoben, daß der Erneuerungsfonds eine Unsicherheit herbeiführe.

Dieser Vorwurf sei nicht gerechtfertigt, denn ohne einen solchen Fonds würde die Dividende oft ganz absorbirt werden können. Dies sei von allen Sachverständigen anerkannt. Werde aber die Zweckmäßigkeit des Fonds anerkannt, so könne nicht zugegeben werden, daß die Vorschriften in Betreff desselben irgendwie störend eingreifen. Die Verwaltung sei ferner nicht monopolistisch, das bewiesen die Acten des Handelsministeriums, da fortwährend auf eine Ermäßigung des Tarifs hingewirkt worden, soweit es möglich gewesen. Darauf aber sei mit großer Strenge gehalten worden, daß eine gleiche Behandlung aller Interessenten stattgefunden habe; eine Aenderung zu Gunsten einer sog. kaufmännischen Verwaltung, welche ihre Kunden je nach Bedürfniß und eigenem Vortheil verschieden behandle, würde dem Interesse des Landes nicht entsprechen. In keinem anderen Lande seien die Tarife niedriger als in Preußen, in keinem Lande die Ergebnisse günstiger, als bei uns. Die Rein-Einnahme betrage bei sämmtlichen Bahnen, durchschnittlich 5½ pCt. Was den Bau und die Betriebsmittel betreffe, so stehe Preußen wenigen anderen Staaten nach; die Oberbauten z. B. seien besser als in England; die Betriebsmittel so ausreichend wie irgendwo anders. Nach allem diesem scheine es, daß das Haus den Zustand des Eisenbahnwesens nicht so sehr zu bejammern habe. Die Privatbahnen hätten doch nicht sehr zu leiden, das ergebe der Courszettel. Er wolle nicht bestreiten, daß das Eisenbahnwesen auch bei uns noch gefördert werden könne, und es gereiche ihm zur Genugthuung, daß im Hause das Verlangen nach einer Erweiterung des Eisenbahnnetzes sich kundgegeben habe. Es seien allerdings noch viele Wünsche zu berücksichtigen, die etwa eine Summe von 350 Mill. erfordern würden, und wenn die Wünsche der jüngsten Zeit noch hinzukommen, noch erheblich mehr. Privat-Concessionen seien nicht vorenthalten, nur in einigen Fällen, wo militärische Interessen zu berücksichtigen waren. Das könne er nicht in Aussicht stellen, daß für alle Bahnen, welche noch gewünscht werden, eine volle Zinsgarantie gewährt werden könne, eine solche Zinsgarantie voll zum landesüblichen Zinsfuße, sei finanziell für den Staat nicht rathsam. Die Regierung werde stets gern die Hand bieten, überall da, wo Concessionen beantragt werden, diese in der legalsten Weise zu fördern und deshalb habe das Haus keine Veranlassung, sich gegen das bisherige Verfahren zu erklären.

Man geht nun zunächst zur Debatte der Gesetzvorlagen selbst, während man sich diejenige über die Resolution Michaelis vorbehält.

Abg. Lette vermißt an den Vorlagen den höheren Gesichtspunkt, insofern bei den neuen Anlagen nicht auf Verbindung der östlichen mit den westlichen Bahnen hingewirkt werde, und knüpft daran einige Betrachtungen über die Förderung, welche das Associationswesen durch die Eisenbahnen erfahren habe, über die Bedenken, welche aus der Vermehrung abhängiger Beamten durch neue Staatsbahnen erwüchsen, empfiehlt aber schließlich die Regierungsvorlage.

Abg. Bassenge (Lauban) für die Vorlage: Erkenne man auch die Grundsätze an, die gegen die Staatsbahnen geltend gemacht werden, so könne man doch nicht einen jähen Wechsel des Prinzips gut heißen; die Majorität des Hauses wolle das auch nicht; habe sie doch dem französischen Handelsvertrage, ungeachtet dieser ein Compromiß sei, zugestimmt. In andern Fällen weise man die Hilfe der Regierung nicht zurück; erst kürzlich habe man ja von ihr die Oderregulirung verlangt. Billigkeit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit sprächen für die Vorlage. Seit neun Jahren warte das schlesische Gebirge vergebens auf diese Bahn, die ganze Provinz stehe in Bezug auf natürliche Verkehrswege hinter allen andern Provinzen zurück, ihrem Handel seien durch die Politik wiederholt schon schwere Wunden geschlagen worden, in allen andern Provinzen seien mehr Bahnen auf Staatskosten gebaut, die Noth im schlesischen Gebirge habe eine traurige Berühmtheit. — Der Schluß der Generaldiscussion wird hierauf beantragt und angenommen.

Bei der Spezialdebatte befürwortete der Abgeordnete Graf Hake eine von den städtischen Behörden Alt-Landsbergs durch eine Petition beantragte Aenderung, der von der Regierung projektirten Richtung der Berlin-Küstriner Bahn; es handelt sich dabei nur um eine Mehrlänge von 1/16 Meile, und die Stadt Landsberg, die jetzt ¾ Meilen von der Bahn entfernt bleiben soll, würde derselben dadurch beträchtlich näher gerückt werden.

Der Regierungs-Commisar erwidert, auch von Buckow, Müncheberg u. A. lägen ähnliche Gesuche vor, wolle man diese alle berücksichtigen, so müsse man in Zickzack bauen. Die Regierung wolle die Sache gern noch einmal erwägen, aber er zweifle, daß sie zu einem andern Resultate kommen werde.

Abg. Kuhlwein: Die Bedingung, welche die Regierung auf unentgeltliche Hergabe von Grund und Boden für die Küstriner Bahn gestellt, sei unbillig, da die Regierung selbst die Rentabilität der Bahn schon im Voraus anerkenne. Privatgesellschaften würden dies beträchtliche Opfer nicht verlangen; die Communen müßten aus ihrer Tasche die Ehre bezahlen, daß der Staat die Bahn baue. Ob der Minister nicht hierbei von dieser Forderung Abstand nehmen wolle?

Der Handelsminister: Diese Forderung sei feststehende Bedingung, sei im schlesischen Gebirge und in der Eifel gestellt und erfüllt worden, das reiche Oderbruch werde also doch auch das Opfer bringen können.

Der Schluß der Discussion wird genehmigt und § 1 des Gesetzes nach den Commissions-Anträgen mit großer Majorität (dagegen: Prince-Smith, v. Hoverbeck, Hagen, Virchow und einige andere) angenommen, der Zusatzantrag des Abgeordneten Graf Hake dagegen abgelehnt. Die folgenden beiden Paragraphen werden ohne Discussion genehmigt, ebenso das Ganze des Gesetzes.

Es beginnt nunmehr die Discussion über die (gestern wörtlich mitgetheilte) Resolution der Abgg. Michaelis und Lette. — Abg. v. Vincke: Mit der Modificirung des Eisenbahngesetzes sei er einverstanden, denn über die Mängel desselben werde wohl nur eine Stimme sein, und der Handelsminister habe dieselben ebenfalls anerkannt. In gewisser Beziehung könne er auch mit dem ersten Satze der Resolution einverstanden sein, wenn derselbe nicht so allgemein gehalten wäre, daß man Alles darunter verstehen könne; namentlich, wenn das Amendement v. Gottberg angenommen werden sollte. Er sei aber gegen die Resolution, weil nicht alle Fälle, in denen der Staat eine Bahn bauen könne, darin vorgesehen seien; es fehle namentlich der Fall, wo die Lage des Geldmarktes den Privaten den Bau unmöglich mache, während der Staat es sehr wohl möglich machen könne. (Der Redner verliest einige Aeußerungen des Referenten, wo derselbe sich aus finanziellen Rücksichten für den Bau von Eisenbahnen auf Staatskosten ausgesprochen habe). Der Regierung müsse es angenehm sein, wenn ihr durch solche Resolutionen die Verantwortlichkeit erleichtert und dem Hause auferlegt werde; ob dies aber im Interesse des Hauses liege, das sei eine andere Frage. Ganz unmöglich aber sei es, alle vorkommenden Fälle aufzufinden und in allgemeinen Regeln festzustellen; er mache nur auf die vielfachen, gestern ausgesprochenen Wünsche aufmerksam. Der Regierung mache man es sehr bequem; ob das Land aber damit zufrieden sei, das glaube er verneinen zu müssen. Er (Redner) werde niemals den Bau einer Eisenbahn anregen, das sei Sache der Regierung, zu der man das Vertrauen haben müsse, daß sie solche Fragen unparteiisch beurtheile. Das Haus werde durch solche Wünsche in eine unangenehme Lage gebracht werden. Weil er namentlich der Provinz Preußen alle mögliche Begünstigung wünsche, darum wünsche er nicht, daß die Regierung so sehr beschränkt werde. Bei allen Wünschen, die gestern geltend gemacht seien, habe er kein politisches Interesse herausfinden können.

Er sei es dem Finanzminister schuldig, anzuerkennen, daß auf der Niederschlesisch-Märk. Bahn sehr glänzende Resultate erzielt worden seien. Dem Staate stehen dadurch, daß er den Beamten eine gesicherte Stellung garantire, auch bessere Kräfte zu Diensten. Gegen die Administration der Staatsbahnen lasse sich Gegründetes nicht einwenden. Wenn die Resolution in einer Beziehung nicht weit genug gehe, so gehe sie in anderer Beziehung viel zu weit. So lange bei Privatbahnen noch finanzielle Skandale vorkämen, so lange thue man wohl, wenn man die Angelegenheit in den Händen des Staates lasse. Er resumire also dahin, daß er gegen die Nr. 1 und für die Nr. 2 der Resolution sei.

Abg. Schulze (Berlin): Die Staatsindustrie sei gefährlich, sowohl in volkswirthschaftlicher Beziehung, weil alle Industrie, mit der es nicht mehr gehen wolle, schließlich die Intervention des Staates anrufen werde, als auch in allgemein politischer, insofern die Selbstthätigkeit der Staatsangehörigen dadurch nicht gefördert werde. Die Verminderung des Beamtenwesens sei doch die nächste Forderung aller liberalen Parteien, hier aber schaffe man nur neue Schaaren. Wie die Regierung das bei den Wahlen auszubeuten wisse, habe man in der Adreßdebatte erfahren. Ja, die Abhängigkeit reiche noch weiter, sie treffe auch alle einigermaßen großen Etablissements, die an den Bahnen lägen und von denselben theilweise abhängig seien. Im Interesse des freien, selbständigen Gewerbestandes empfehle er also die Resolution. Man habe die Formulirung des ersten Satzes derselben bemängelt, aber es solle ja nur ein allgemeiner Grundsatz ausgesprochen werden. Ein Theil der Fälle, die der Abg. für Stargard angeführt, sei ohnedem hinfällig, z. B. die Kriegseventualität, in der man wohl schwerlich an Eisenbahnbauten denken werde. Der zweite Theil der Resolution fasse besonders das Concessionswesen in's Auge. Nach Art. 31 der Verf.-Urk. müsse dieses eine gesetzliche Regelung erfahren, und gerade auf dem Felde der Eisenbahnen sei das von höchster Wichtigkeit. Es sei gut, dem Publikum kund zu thun, welche prinzipielle Stellung das Haus in der Eisenbahnfrage einnehme. Wenn diese Idee in's Volk dringe, so arbeite sie sich schon durch und wirke zur Erweckung der Selbstthätigkeit, und dies sei die Hauptwirkung, der sich endlich auch die Regierung nicht werde entziehen können. (Bravo.)

Der Reg.-Commissar: In der Theorie sei die hier angeregte Frage noch nicht entschieden, in der Praxis noch weniger. Staatsbahnen existirten in einer Menge europäischer Staaten. Die Regierung werde in der Frage immer nur nach Zweckmäßigkeitsgründen des einzelnen Falles sich entscheiden. Der Redner widerlegt hierauf noch einige Anführungen aus der vorangegangenen Debatte über die schlesische Bahn. Große Linien, schließt er, würden in ganz Europa jetzt nicht mehr ohne erhebliche Staatszuschüsse gebaut, das Kapital scheine allmählich ausgiebigere Veranlagungen gefunden zu haben und dieser Erfahrung müsse man auch in Preußen Rechnung tragen.

Handelsminister v. Holzbrinck: Die Regierung stehe im Wesentlichen auf dem Standpunkte des Abg. v. Vincke: sie widersetze sich der Resolution nicht. Punkt eins scheine sehr beengend zu sein; doch sei ja vorbehalten, daß Regierung und Haus in jedem einzelnen Falle die Bedürfnißfrage entscheiden.

Abg. Overweg: In den westlichen Provinzen habe sich die Ueberzeugung festgestellt, daß die Privatbahnen sich keineswegs vor den Staatsbahnen ausgezeichnet hätten; diese Ansicht sei auch kürzlich von rheinischen Industriellen in volkswirthschaftlichen Vereinen in Berlin ausgesprochen worden. Die westlichen Privatbahnen hätten sich erst von dem Momente an gehoben, als sie in die Verwaltung des Staates kamen. Die finanziellen Resultate wären niemals erreicht worden, wenn die Verwaltung der Bahnen eine private geblieben wäre. Kaufmännisch könnten die Bahnen wohl verwaltet werden; allgemeine Gesichtspunkte dürften dabei aber nicht aus den Augen gesetzt werden, da sie oft einen größeren Werth hätten, als kaufmännische Prinzipien. Er halte das gemischte System für Preußen allein für nützlich und stimme deshalb gegen die Resolution.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen verliest Berichterstatter Abgeordn. Reichenheim eine ältere Aeußerung des Abg. Kühne, in welcher derselbe sich im Sinne der Resolution ausgesprochen habe; er glaube auch, daß die Majorität der Commission sich für dieselbe erklärt haben würde. Hinsichtlich des zweiten Theils der Resolution habe der Handelsminister sein Einverständniß erklärt. Seien erst andere Prinzipien aufgestellt, so werde das Kapital sich schon finden.

Bei der Abstimmung wird der erste Theil der Resolution der Abgeordn. Michaelis und Lette mit schwacher Majorität (dagegen einige Katholilen, Fraktion von Vincke u. A.), der zweite Theil fast einstimmig angenommen. Eben so genehmigt das Haus fast einstimmig, die von der Commission beantragte Resolution, wegen der Rechnungslegung über den Bau nach den ersten zwei Jahren.

Man geht nun zur Berathung der zweiten Eisenbahnvorlage, betreffend die Gewährung einer Zinsgarantie für die halle-nordhausen-heiligenstädter Bahn. Zur Generaldiskussion spricht zunächst Abg. Jakob (Halle) für den Gesetzentwurf, indem er die Unmöglichkeit darlegt, ohne diese Hilfe die Bahn auszuführen. Unter den Schwierigkeiten hebt er auch die in den Kreisen selbst entgegengestellten hervor, denn: „eine Eisenbahn im Kreise ist der Tod des Landraths!" — Abg. Dr. Bernhardy ebenfalls für die Vorlage, indem er zugleich als wichtige Vorbedingung eines Prosperirens dieser Bahn die baldigst mögliche Herstellung der Verbindung Halle-Sorau empfiehlt. Auf besondere Anfrage des Redners erklärt der Reg.-Commissar, das Gerücht von Verhandlungen der Regierung mit der anhalt'schen Bahngesellschaft sei durchaus unbegründet. — Abg. v. d. Gablenz auch für die Vorlage. Er regt dabei an, daß auf der oberschlesischen Bahn, seitdem dieselbe unter Staatsverwaltung gekommen, der Kohlentarif zu erheblicher Beeinträchtigung des Transportes erhöht worden sei. Damit seien die Anführungen über die Vortheile des Staatsbahnbetriebes thatsächlich genug widerlegt.

Der Regierungs-Commissarius findet in diesen Bemerkungen keinen rechten Zusammenhang mit der in Rede stehenden Frage, rechtfertigt übrigens die damalige Erhöhung des Tarifs, als durch die Selbstkosten geboten. Mit deren Ermäßigung sei auch der Tarif wieder gesunken und der Kohlenverkehr nach Berlin nehme jetzt in erfreulichstem Maße zu. In den Eisentarifen seien die schlesischen Bahnen aufs rühmlichste allen andern vorgegangen. — Der Schluß der Debatte wird ausgesprochen und man geht zur Specialdiscussion. Bei § 6 des Vertrages erklärt der Regierungs-Commissar auf eine Anfrage des Abg. Bering, daß die 810,000 Thlr., welche als Rest des königl. Legates an die Magdeburg-Leipziger Gesellschaft zur bestimmungsmäßigen Verwendung überwiesen werden sollen, dem prinzlichen Familienfideicommisse angehörten und über ihre Verwendungsfähigkeit kein Zweifel obwalte. — Bei § 11 nimmt Abg. Prince-Smith das Wort. Er greift die Regierung wegen der Bestimmungen an, daß der Staat ein Drittel des Ueberschusses über 5 pCt. in Anspruch nehme. Das sei bei der voraussichtlichen Rentabilität der Bahn eine zu schwere Bedingung, das hieße die Concessionen zu einem Wucherpreise verkaufen. (Unruhe. Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß der letztere Ausdruck nicht geeignet scheine. Der Abgeordnete entschuldigt sich.) Das Ministerium sei da, um Geschäfte anzuregen und zu fördern, nicht aber Geschäfte zu machen.

Reg.-Commissar: Der betreffende Paragraph finde sich in allen preußischen Garantie-Verträgen; habe der Staat ein Risiko, so müsse er auch einen Antheil am Gewinn haben. Es sei auch diese Bedingung nicht an die Conzession, sondern an die Garantie-Ertheilung geknüpft. — Abg. v. d. Gablenz gegen den betreffenden Paragraph. — Der Reg.-Commissar vertheidigt die von dem Vorredner angefochtene Super-Dividende. — Abg. Kühne pflichtet dem Commissarius bei und verweist auf die Ausführung des Berichts. — §§ 11 und 12 werden angenommen.

Abg. Behrend (Danzig) glaubt das Haus auf die Bedenken konstitutioneller Natur gegen § 13 aufmerksam machen zu müssen. Der Staat werde nämlich dadurch verpflichtet, die ganze Bahn eventuell zu kaufen, falls die hessische Regierung nicht die Conzession zur Weiterführung bis Kassel giebt. Der Staat dürfe solche Verpflichtungen nicht eingehen. — Reg.-Commissar: Die Gesellschaft habe diese Bestimmung als eine ganz wesentliche hingestellt; die Linie sei auch so wichtig, daß der Staat sich selbst hätte entschließen müssen, sie zu bauen; man habe also in die Bedingung einwilligen können. — § 13 wird angenommen; desgl. § 14—19. — Bei § 20, der eine vorzugsweise Berücksichtigung von qualifizirten versorgungsberechtigten Militärs und 12 Jahre gedienten Unteroffizieren festsetzt, und dessen Streichung die Commission beantragt hat, bemerkt Abg. v. Vincke (Stargard): warum sollte man ausgedienten Soldaten nicht die Möglichkeit einer späteren Anstellung gewähren, namentlich wenn die Gesellschaft selbst nichts dagegen habe? Die Nichtannahme sei fast gleichbedeutend mit einer Verwerfung des ganzen Vertrages. — Minister v. Holzbrinck: Die Regierung sei nur ihrer Pflicht nachgekommen, indem sie sich der ausgedienten Soldaten angenommen. Die Einrichtung liege im beiderseitigen Interesse, die Regierung müsse großes Gewicht auf die Annahme des Paragraphen legen, denn die Nichtannahme werde das Zustandekommen des Vertrags hindern.

Abg. Zehrt: Als Vertreter des Eichsfeldes müsse er für den Vertrag sprechen, da derselbe hoffentlich den genügsamen und verständigen Arbeitern des Eichsfeldes, die ihr Einkommen durch die parallelen Bahnen verloren, eine lohnende Arbeitsquelle verschaffen werde.

Abg. Faucher: Die Gesellschaft werde den Vertrag noch lieber schließen, wenn sie keine ausgedienten Unteroffiziere anzunehmen brauche. Wenn die Regierung es für eine Pflicht ansehe, ausgedienten Militärs auf diese Weise ein Unterkommen zu verschaffen, dann könne sie auch bei anderen Concessionirungen dasselbe verlangen, z. B. bei Banken, Theatern, Lebens-Versicherungen, Schulen u. s. w. Solche Ausbeutungen der Concessionen durch den Staat scheinen ihm nicht geeignet. Es müsse besser für die ausgedienten Militärs gesorgt werden, als durch Ueberschiebung in ein Amt, von dem sie nichts verständen. Zum erstenmal sei dieser Passus in einen Vertrag aufgenommen. Er sei wichtiger als die ganze Eisenbahn (Oh! rechts.), ja, die Stellung des Heeres im Lande sei wichtiger als eine einzelne Bahn. Er stimme für Streichung.

Der Schluß wird beantragt und angenommen.

Ref. Reichenheim: Man möge die Unteroffiziere zu Offizieren avanciren lassen, das sei besser für sie, als solche Versorgung. (Lebhaftes Bravo links.)

Minister v. d. Heydt: Der Referent habe ein neues Moment geltend gemacht. Er müsse darauf bemerken, daß, wenn man die Unteroffiziere fragen würde, ob sie lieber Offiziere werden, oder eine solche Versorgung annehmen möchten, sie lieber das Letztere vorziehen würden. (Lebhafter Widerspruch links, Heiterkeit rechts.)

Referent freut sich, vom Finanzminister nun doch erfahren zu haben, wie die Unteroffiziere denken. (Heiterkeit.) — Der § 20 wird gegen den Commissions-Antrag vom Hause angenommen. Ebenso die §§ 21 u. 22. — Ferner hat die Commission die Resolution beantragt: daß die Staatsregierung auf die Führung der Bahn über Eisleben hinwirken möge.

Abg. v. Vincke (Stargard) erklärt sich dagegen, weil erst noch technische Ermittelungen angestellt werden müßten; das Haus dürfe nicht Sympathien in die Waagschale legen, nicht für Lokalinteressen eintreten; geschehe dies, so nehme das Haus der Regierung die Verantwortung ab und lege dieselbe sich auf.

Abg. Sombart für die Resolution, weil Eisleben auf einem Schneidepunkte von zwei großen Straßen liege.

Abg. Dr. Gneist hebt die Bedeutung der Stadt Eisleben und Umgegend mit ihrer bedeutenden Industrie für den großen Verkehr hervor.

Abg. Krause: Er könne nicht für eine Sache stimmen, die er nicht beurtheilen könne.

Abg. v. Kirchmann: Wenn das Haus überhaupt über die Anlage einer Bahn beschließen könne, so habe es auch das Recht, über die Richtung mitzusprechen; nach der Vincke'schen Ansicht müßte das Haus schon durch die Genehmigung der Vorlage an sich auch die Verantwortung auf sich laden. — Die Resolution wird angenommen.

Eine Resolution des Abg. Krieger (Luckenwalde), dahin gehend: die Erwartung auszusprechen, „daß die Staatsregierung Verabredungen, wie

sie in § 20 des Vertrages getroffen, künftig unterlassen werde", wird abgelehnt. — Damit ist die Angelegenheit erledigt, und schließt der Präsident die Sitzung um 3¼ Uhr. — Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: der Commissionsbericht wegen des Zeugenzwanges gegen die Redacteure, Petitionsberichte.

Berlin, 1. August. [Die Feier des Waldeckschen Geburtstages.] Die „Nat.-Ztg." bringt darüber folgenden Bericht:

Der Geh. Ober-Tribunalsrath Dr. Waldeck hat zu seinem gestrigen 60. Geburtstage aus dem ganzen Lande zahlreiche Glückwünsche erhalten. Schon am Morgen um 3 Uhr war eine telegraphische Depesche aus Halle eingetroffen, und der folgende Tag hatte bereits begonnen, als die Beamten der Telegraphenstation noch Depeschen nach dem Arnimschen Saale brachten, wo dem Gefeierten ein großes Festmahl gegeben wurde. Am Vormittage des gestrigen Tages gratulirten die Wahlcomite's der vier berliner Wahlkreise, sowie eine Anzahl Deputationen von Bezirksvereinen. Gegen 9 Uhr erschien die Deputation der Fortschrittspartei im Abgeordnetenhause, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Lüning, Dr. Kosch, Kreisgerichtsrath Klotz und Geh. Justizrath Taddel. Letzterer richtete an den Gefeierten folgende Anrede:

„Hochgeehrter Herr! Ihre zahlreichen Freunde haben längst das Bedürfniß gefühlt, Ihnen durch Wort und That zu bekunden, daß sie Ihren rastlosen Eifer, Ihre kräftige Wirksamkeit und Ihren Freimuth bei der Vertretung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes im Hause der Abgeordneten achten und ehren. Hierzu ist der heutige Tag erwählt, da er Ihren Freunden zugleich die Gelegenheit bietet, Ihnen, hochgeehrter Herr, den Wunsch auszusprechen, daß Ihnen derselbe noch oft in voller Gesundheit und ungeschwächter Geisteskraft wiederkehren möge. In der Voraussetzung, daß es für Sie Werth haben möge, sich Ihrer Freunde erinnern zu können, überreichen Ihnen dieselben ihre photographirten Bildnisse in traulicher Gemeinschaft in dieser Hülle durch uns. Wir haben uns diesem Auftrage um so freiwilliger und freudiger unterzogen, als er uns den Vorzug gewährt, zuerst Ihnen die Versicherung besonderer Hochachtung persönlich darbringen zu können."

Zugleich überreichte er dem sichtlich ergriffenen Jubilar ein prachtvolles Album, in welchem die Porträts der Abgeordneten der Fortschrittspartei enthalten waren. Der Umschlag enthielt auf silbernem Deckel die Worte: „Unserem Waldeck zum 31. Juli 1862." — Später erschienen Deputationen der berliner Burschenschaft und der Tischlerinnung, letztere mit einem werthvollen Geschenk, einem Lehnsessel aus amerikanischem Nußbaumholz.

Am Abend hatte der Bezirksverein der südwestlichen Friedrichsstadt im Arnimschen Saale ein großes Festmahl veranstaltet, dem etwa 450 Personen beiwohnten, darunter die Abgeordneten Schulze-Delitzsch, Twesten, v. Kirchmann, Runge, Krieger, Bauck, Becker, Schmidt (Randow), Schwarz, Langerhans u. A. Der Eingang des Saales war mit Laubgewinden festlich dekorirt, ein Orchester befand sich auf der Tribüne hinter grünen Gewächsen. Gegen 9 Uhr betrat Hr. Waldeck, von einer Deputation geleitet, unter den Klängen des Arndt'schen Vaterlandsliedes den Saal und wurde hier allseitig freudig begrüßt. Nach dem ersten Toaste auf Se. Majestät den König erhob sich Hr. Stadtrichter Hirsemenzel zur Festrede. Die Nation ehre sich selbst in ihren großen Männern, der heutige Geburtstag Waldecks sei ein Ehrentag des preußischen, des deutschen Volkes; wir erkennen in ihm den gefeierten Repräsentanten des deutschen Geistes. Redner wolle kein Bild Waldecks zeichnen, das Jedem gegenwärtig sei, nur einzelne Züge wolle er aus dem reichen Gemälde hervorheben. Waldeck sei der deutsche Volksmann, der da wisse, daß die Frage der deutschen Einheit nicht gelöst werde um den Preis der inneren Freiheit und der sein engeres Vaterland Preußen stets gemahnt habe, sich eng an Deutschlang anzuschließen. Waldeck sei aber auch ein preußischer Volks- und Staatsmann, der an der Wiege der preußischen Verfassung gestanden, ihr Banner immer vorangetragen und stets bemüht gewesen, ihr Leben und Wahrheit zu verleihen. Das sei es, weshalb man ihn im ganzen Lande feiere. Der Redner schloß mit einem Hoch auf Waldeck, in welches die ganze Versammlung zu wiederholtenmalen begeistert einstimmte. Nach Absingung eines „Waldeck-Liedes", das an mehreren Stellen mit großem Beifall begleitet wurde, erhob sich Herr Waldeck, um der Versammlung mit bewegter Stimme seinen Dank auszusprechen. Er nehme die vielfachen Beweise der Huldigung, die ihm zu Theil geworden, nicht als ihm, dem Einzelnen, sondern der Sache der Freiheit geltend an. In diesem Sinne fühle er sich eins mit Allen in dem redlichen Streben, die Verfassung eine Wahrheit werden zu lassen, und daß die ganze civilisirte Welt gegenüber einer verschwindend kleinen Minorität unserer Arbeit mit Antheil zuschaue, vermöge uns zu stärken in dem Kampfe für Recht, Freiheit und Wahrheit. Als dieser Kampf im Jahre 1848 in der Nationalversammlung und später in der aufgelösten Kammer zuerst größere Dimensionen annahm, da wußten wir, was wir wollten, ein Band der Freundschaft, das bis zum Tode dauern wird, einigte damals die Männer der Volkspartei; dieses Band der Freundschaft einigt sie auch jetzt, wo nach trüben Jahren der Reaction ein frischerer Geist die Herzen belebt und zu neuem Kampfe für die Idee der Wahrheit und des Rechtes angefacht hat. Herr Waldeck gedachte sodann der Beweise der Freundschaft, welche ihm die Mitglieder der Fortschrittspartei am Vormittage gegeben und sprach unter lautem Zurufen seine Anhänglichkeit an diese Partei aus. Wir haben, fuhr er fort, ein gutes Gewissen, wir haben den Willen und die Kraft, unseren Willen durchzuführen und deshalb gehört uns die Geschichte. Der Redner gedachte ferner der Urwähler Berlins, die sich eins wüßten mit ihren Abgeordneten. Die Adressen, die er heute aus den verschiedenen Wahlbezirken erhalten, gäben ihm ein neues Anrecht zum Glauben an die Zukunft. Mit der Erneuerung seines Dankes brachte Herr Waldeck schließlich einen Toast auf die dauernde Vereinigung zwischen Urwählern und Abgeordneten, hinter denen das preußische, das deutsche Volk stehe.

Es folgte eine Reihe von Toasten. In den Logen erschien der Sängerchor des Handwerkervereins und erfreute die Versammlung durch den Vortrag mehrerer patriotischer Lieder. Lebhaftes Interesse erregte die Verlesung der zahlreichen telegraphischen Depeschen, die fortwährend einliefen: aus Königsberg (von Dr. Johann Jakoby), Stargard, Gumbinnen (2), Sorau, Mecklenburg (von Fritz Reuter), Neubrandenburg, Bielefeld, Hirschberg, Dortmund (2), Waldenburg, Guben, Neumarkt, Myslowitz, Gleiwitz, Cottbus, Tilsit, Landeshut, Fürstenwalde, Laurahütte, Brieg, Halle, Essen u. s. w. Jede neue Depesche wurde mit erneutem Beifall vernommen; namentlich die von Jakoby und Fritz Reuter wurden laut begrüßt. Erstere wurde sofort beantwortet. Auf die Bielefelder erhob sich Herr Waldeck mit einem Toast auf den Absender, Herrn Stadtverordnetenvorsteher Rempel. Nach der essener Depesche erscholl der stürmische Zuruf: Die rothe Erde soll leben! Der Abgeordnete für Bielefeld-Herford, Löwe, dankte mit einigen Worten. In der Depesche aus Brieg war des Umstandes Erwähnung gethan, daß die Brieger Waldeck im Dezbr. 1848 zu ihrem Ehrenbürger ernannt; die Stadt verlor hierauf das Oberbergamt. — Das letzte Wort Waldecks galt dem Bezirksverein, der die Feier veranstaltet hatte. Am Schlusse fand auf Veranlassung des Dr. Tappert eine Sammlung für den gefangenen Redacteur Otto Hagen statt.

Italien.

Wir haben gestern die Rede, die Garibaldi in Marsala gehalten, mitgetheilt, jedoch nur bis auf die Selbstcensurlücken der „Indep. belge." Heute nun liegt uns die Proclamation vor, in welcher der Syndicus jener Stadt die Garibaldi'sche Rede unverkürzt der Oeffentlichkeit übergab. Zur Ergänzung unserer gestrigen Mittheilung lassen wir heute aus jenem Actenstücke den Passus folgen, in welchem Garibaldi seine Meinung über die italienische Politik des franz. Kaisers ausspricht:

Der Herr (padrone) von Frankreich hat uns 14 Jahre lang hingehalten, 14 Jahre der Lüge, des Meineids, der Infamien, und 14 Jahre politischer Winkelzüge hat er uns hinlänglich seiner überdrüssig gemacht. Fort mit allen Protesten und Bitten! Entweder das Unsrige oder Hiebe, ja, Hiebe! Napoleon soll ein für allemal erfahren, daß Rom und Venedig unser sind, daß die Brüder von Rom und Venedig uns gehören. Laßt Euch von Keinem sagen, daß wir dem Tyrannen von Frankreich Dankbarkeit schulden, wenn wir sie auch dem französischen Volke schulden. Ja, das französische Volk ist mit uns und unsern Brüdern, darum schmachtet es als Sclave unter einem Despoten und sehnt sich nach der Freiheit. Napoleon ist ein Bandit (ladro), ein Räuber (rapace), ein Usurpator. Er hat den Krieg von 1859 nicht für Italien begonnen, sondern er arbeitete für sich selbst. Wir gaben ihm unser Blut im Krimkriege, wir gaben ihm 60 Millionen, wir gaben seiner Gier Savoyen und Nizza, und er wollte noch Anderes, ich weiß es! Er hat gearbeitet für die Erhöhung seiner Familie, er hat bereits einen kleinen Fürsten für Rom, einen kleinen Herrn für Neapel, ich weiß es! Er wollte uns unterworfen wissen. — Als Feind Italiens hat er das Banditenthum zum Schaden der neapolitanischen Provinzen unterhalten und zum Aergerniß für Europa, indem er so die Einigkeit der 25 Millionen Italiener lähmen zu können glaubte. Infamer Verräther! Wir haben keine Bitten nöthig, das französische Volk ist mit uns! Fort mit Napoleon! Fort, fort, fort! Rom ist unser!

Amerika.

Ueber die Lage unserer preußischen Landsleute in Veracruz geht der „Nationalzeitung" aus achtbarer Quelle folgende Mittheilung zu, welche wir der dringenden Beachtung empfehlen:

Veracruz, 2. Juli. Einer der angesehensten Genossen des würdigen Almonte wagt es, unter den Augen der französischen Auctorität in Veracruz ein Beiblatt zur offiziellen Zeitung „El Veracruzano" zu publiziren, voll der heftigsten Invectionen gegen die Deutschen, und namentlich gegen die Preußen! Der preußische Konsul in Veracruz wird förmlich insultirt, angeklagt, Conspirationen zu vermitteln rc. Er legt bei dem französischen Kommandanten Rose energischen Protest ein, hebt hervor, daß eine solche Veröffentlichung nur dazu beitragen könne, Haß gegen die Deutschen zu erregen, verlangt, daß eine strenge Ahndung dieser Störung des öffentlichen Friedens eintrete. Herr Rose erwiderte jedoch sehr gelassen, er sei nur Kommandant der französischen Streitkräfte, politische Sachen kümmerten ihn nicht! Und dabei weht über Veracruz die „unbefleckte" französische Fahne, diese Fahne, der immer „die Gerechtigkeit folgt." Während in der Hauptstadt Mexiko die Franzosen unter preußischem Schutze der ungestörtesten Ruhe und Achtung genießen, wird in Veracruz den Preußen und Deutschen der internationale Schutz gegen Räuber und Mörder versagt!

Es ist von Hamburg aus durch Vermittelung des dortigen preußischen Ministerresidenten eine Eingabe der, hauptsächlich bei dem Handel mit Mexico, betheiligten Kaufleute an den Grafen Bernstorff abgegangen, mit dem besonderen Ersuchen, den deutschen Interessen in Mexico, welche drei Viertheile des ganzen Importhandels nach Mexico repräsentiren, Schutz angedeihen zu lassen, aber es ist eine ausweichende Antwort erfolgt. Jetzt schließt man Handelsverträge mit Frankreich, man gewährt den Unterthanen dieser kriegführenden Macht in Mexico den Schutz des neutralen Preußens, warum geschieht denn nichts zur Sicherung preußischer und deutscher Interessen in einem von den Franzosen occupirten mexicanischen Hafen?

Die preußische Regierung muß Vorstellungen in Paris machen, damit den Deutschen in Veracruz Gerechtigkeit wiederfahre, und sie nicht der Willkür von Leuten, wie Almonte und Marquez unterliegen, die in unseliger Verblendung von der französischen Regierung zu Bundesgenossen erkoren sind.

Die französischen Truppen sind zu beklagen, sie werden dem Klima, den Krankheiten, unter denen jetzt auch der ekelhafte Pinto, eine ansteckende Hautseuche, auftritt, erliegen. Aber selbst wenn es der französischen Macht gelingt, durch Verschwendung von vielem Gut und Blut Mexico zu unterjochen, Eins wird als unwiderleglich dastehen: die Expedition ist kopflos unternommen, willkürlich aus ihren Bahnen gedrängt und bisher nur durch traurige Mittel und Ränke fortgeführt worden.

Breslau, 2. August. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Neumarkt Nr: 19 sechs Ellen gelblicher und neun Ellen brauner Kattun, fünf Ellen grauwollenes Zeug und ein weißes Betttuch; Tauenzienplatz Nr. 13 eine silberne Taschenuhr mit Kapsel; einem Bäckergesellen eine Ankeruhr mit Sekundenzeiger und römischen Zahlen; außerhalb Breslau ein Färberkessel; zu Rothsürben hiesigen Kreises eine neue Radwer von rothbuchenem Holz und sechs Stück Gänse.

Polizeilich mit Beschlag belegt: zwei Schlüssel und zwei Betttücher, eins davon gezeichnet J. C.

Verloren wurden: eine kleine Schachtel, signirt F. B., enthaltend fünf Paar goldene Ohrringe und eine Quantität Gold.

Gefunden wurde: ein Dienstmützen-Abzeichen.

Angekommen: Kaiserl. russischer Oberst von Pessentin aus Petersburg. Se. Excellenz kaiserl. russischer General Graf von Storricki aus Petersburg. Ihre Durchlaucht Fürstin Stürby aus Paris. Kaiserl. russischer Unterstaats-Sekretär von Zielinski aus Warschau. (Pol.-Bl.)

Breslauer Sternwarte.

1. Aug. 10 U. Abds.	27 9,90	+13,8	SO. 1.	Heiter.
2. Aug. 6 U. Morg.	27 9,61	+11,5	SO. 1.	Heiter.

Wasserstand.

Breslau, 2. Aug. Oberpegel: 13 F. — Z. Unterpegel: 1 F. — Z.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 1. Aug,, Nachm. 3 Uhr. Die Rente eröffnete pr. Ende August zu 69, 02, fiel auf 68, 90 und schloß matt zur Notiz. Pr. Liquidation begann die 3proz. zu 68, 77, fiel auf 68, 70 und schloß zu diesem Course. Consols von Mittags 12 Uhr waren 94 eingetroffen. Schluß-Course: 3proz. Rente 68, 70. 4½proz. Rente 97, 60. 3proz. Spanier —. 1proz. Spanier —. Silber-Anleihe —. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Aktien 485. Credit-mobilier-Aktien 833. Lombard. Eisenbahn-Aktien 615. Oesterreich. Credit-Aktien —.

London, 1. August, Nachm 3 Uhr. Silber 61—⅛. Consols 93¾. 1proz. Spanier 44¾. Mexikaner 28½. Sardinier 84½. 5proz. Russen 96. 4½proz. Russen 93¾. Hamburg 3 Monat 13 Mk. 7¾ Sch., Wien 12 Fl. 75 Kr.

Nach dem neuesten Bankausweis beträgt der Noten-Umlauf 22,192,135, der Metallvorrath 18,448,443 Pfd. St.

London, 1. Aug., Nachm. Nach mit dem Dampfer „Kangaroo" aus Newyork eingetroffenen Berichten vom 22. v. M. war der Wechselcours auf London in Newyork 131, Goldagio 19½. Fonds waren matt.

Wien, 1. August. Mitt. 12 Uhr 30 Minuten. Börse fest. 5proz. Metall. 71, 60. 4½proz. Metall. 62, 75. Bank-Aktien 800. Nordbahn 197, 80. 1854er Loose 90, 75. National-Anleihe 82, 60. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 245, — Creditaktien 215, 80. London 125, 80. Hamburg 93, 75. Paris 49, 70. Gold -, —. Silber , -. Böhmische Westbahn 157, 25. Lombardische Eisenbahn 283, 50. Neue Loose 130, —. 1860er Loose 91, 20.

Wien, 1. Aug., Vorm. Bei der heute stattgehabten Ziehung der 1860er Loose wurden folgende Serien gezogen: 1084. 1217. 1986. 2166. 2733. 2802. 3273. 3280. 3575. 3838. 4770. 4794. 5192. 6145. 6614. 6882. 8163. 8173. 8687. 8712. 8786. 8906. 8947. 8985. 9303. 10,212. 11,076. 11,326. 12,046. 12,079. 12,176. 12,745. 13,233. 13,595. 14,306. 14,352. 15,094. 15,411. 15,462. 16,402. 17,051. 17,591. 18,076. 18,257. 18,284. 18,674. 18,905. 19,093. 19,149. 19,351.

Frankfurt a. M., 1. August, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Anhaltend günstige Stimmung bei belebtem Geschäft. Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach —. Wiener Wechsel 93¾. Darmstädter Bankaktien 223. Darmst. Zettelbank 249. 5proz. Met. 55⅞. 4½proz. Met. 49⅜. 1854er Loose 71½. Oesterr. National-Anleihe 64⅝. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228½. Oest. Bank-Antheile 754. Oest. Credit-Aktien 201½. Neueste österr. Anleihe 73½. Oesterr. Elisabet-Bahn 122¼. Rhein-Nahe-Bahn 32½. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅝.

Hamburg, 1. August, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Fest, in norddeutschen Bankaktien viel Umsatz. Schluß-Course: National-Anleihe 65½. Oesterr. Credit-Aktien 85¼. Vereinsbank 102. Nordd. Bank 98⅜. Rheinische 96⅜. Nordbahn 64⅞. Disconto 2¼. Wien 95, 75. Petersburg 30¼.

Hamburg, 1. Aug [Getreidemarkt.] Weizen loco still, ab auswärts unverändert gehalten, aber sehr still. Roggen loco still, ab Königsberg Aug. wohl zu 83 käuflich. Oel pr. Oktbr. 28, pr. Mai 27⅞. Kaffee fest bei schwachem Umsatz.

Liverpool, 1. August. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. — Preise höher. Wochenumsatz 51,700 Ballen. Orleans 18½, Upland 18½.

London, 1. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizenpreise nominell. Frühjahrsgetreide behauptet. — Wetter schön.

Amsterdam, 1. August. Getreidemarkt (Schlußbericht). Getreide unverändert und stille. Roggen, Termine 2 Fl. niedriger. Raps October 78½. November 79. Rüböl Herbst 45¼.

Berlin, 1. August. Wiederum war es eine Reihe von Eisenbahn-Aktien, und zumeist die gestern genannten, welche die Börse in vollste Erregtheit brachte. Bei der gewönlich dringend auftretenden Frage — wobei es sich wohl ab und zu um Deckungen von Blancoverkäufen handelte — litt der Verkehr an einer Unregelmäßigkeit in der Coursbewegung, die sich in sprungweisen und oft beträchtlichen Erhöhungen kundgab. Wir werden an betreffender Stelle die Papiere näher bezeichnen, auf die Gesagtes sich besonders bezieht, und erwähnen nur, daß im Allgemeinen der Umsatz in einzelnen derselben recht bedeutend war. Andere Effecten beachtete die Börse weniger; von den Creditpapieren kamen heute nur Genfer lebhaft in den Handel. Wiener Vormittagscourse waren wenig bekannt, über Frankfurt telegraphirte man solche für Credit von 216. 10 bis 215, 80, London 125. 90—80. Die Speculation in den österr. Papieren verhielt sich ziemlich unthätig, nur Lombarden waren in lebendigem Verkehr; neueste österr. Loose blieben wohl in Folge der Ziehung weniger beachtet als sonst. Preußische Fonds zeigten sich sehr fest bei eingeschränktem Umsatz; Geldmarkt unverändert. (B.- u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 1. August 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102⅜ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100 bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	102⅞ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	108⅝ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	91 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 G.
Berliner Stadt-Obl.	4½	103 bz.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	93½ B.
dito dito	4	102 bz.
Pommersche	3½	92¼ bz.
dito neue	4	101¾ bz.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	99⅛ G.
dito neue	4	99½ bz.
Schlesische	3½	94⅞ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100½ bz.
Pommersche	4	100½ bz.
Posensche	4	100 bz.
Preussische	4	100½ bz.
Westf. u. Rhein.	4	100½ bz.
Sächsische	4	101¼ bz.
Schlesische	4	100¾ bz.
Louisdor	—	109⅞ G.
Goldkronen	—	9. 6¾ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	57⅜ G.
dito 54r Pr.-Anl.	4	73½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	70 B.
dito Nat.-Anleihe	5	66⅜ bz.u.G.
dito Bankn. n. Whr.		80¾ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	94¼ G.
dito 5. Anleihe	5	87¼ B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	83½ G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87½ G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 B.
dito à 300 Fl.	5	94¾ G.
dito à 200 Fl.	—	24 G.
Poln. Banknoten	—	87½ bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 G.
Baden 35 Fl.	—	31¾ bz.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	85½ à 86 bz.
Aach.-Mastrieht.	3½	4	34¾ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/10	4	91½ bz.u.G.
Berg.-Märkische	6½	4	112 à 112½ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	140 bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	119½ bz.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	220 bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	129¾ bz.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	130 i.P. E. 132 bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	183 à 185 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	130¾ bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	137 bz.
Magd.-Halberst.	22½	4	328 bz.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45 B.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	129⅞ bz.
Mecklenburger	2⅞	4	61⅝ à ⅜ à ½ bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger	3½	4	78½ bz.
Niederschles.	4	4	99¼ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	76 bz.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	65¾ à ½ a ¾ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 9/10	3½	159½ à 160 bz.
Oberschles. B.	7 9/10	3½	140 bz.
dito C.	7 9/10	3½	159½ à 160 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97⅛ G.
dito Prior E.	—	3½	85⅝ bz.
dito Prior F.	—	4½	101¾ G.
Oppeln-Tarnow.	⅚	4	49¾ à 50 bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	59¾ B.
Rheinische	5	4	97½ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	101¾ bz.
dito Prior	—	4	93¾ G.
dito III. Em.	—	4½	99⅜ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	30¼ bz.
Ruhrort-Crefeld	3 11/15	3½	91¾ bz.
Starg.-Posener	4	3½	109½ bz.
Thüringer	6⅔	4	126½ bz.
Wilhelms-Bahn	—	4	57 bz.
dito Prior	—	4	92 G.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93¼ B.
dito dito	—	5	96 B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 13/30	4	115¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	94¾ bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	82 B.
Bremer „	5⅗	4	103¾ bz.
Coburg. Credit A	3	4	76¼ G.
Darmst. Zettel-B.	8⅗	4	100 B.
Darmst. Credb.A.	5	4	89½ bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	4⅞ bz.u.G.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	97¾ à ⅞ i.P.bz.u.G.
Genf. Creditb. A.	—	4	46¾ A. a ¼ bz.u.B.
Geraer Bank	5¾	4	93½ B.
Hamb.Nord.Bank	5	4	97½ bz.
„ Ver.-Bank	5⅚	4	101½ G.
Hannov. „	4½	4	100 bz.
Leipziger „	3	4	78 bz.u. B.
Luxembrg. „	10	4	99½ G.
Magd. Priv. „	4 4/7	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	93¼ etw. bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	35 bz.u.G.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	86½ à ¼ bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	98 bz.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4½	123½ bz.u.G.
Schl. Bank-Ver.	6	4	98 B.
Thüringer Bank	2⅗	4	60 G.
Weimar. Bank	4	4	82½ bz.u.G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143½ bz.
dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg	8 T.	151¾ bz.
dito	2 M.	151⅛ bz.
London	3 M.	6. 22½ bz.
Paris	2 M.	80⅙ G.
Wien österr. Währ.	8 T.	80⅜ b.
dito	2 M.	79⅝ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ b.
dito	2 M.	99⅓ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg	3 W.	97¼ b. 3 M. 96⅜ b.
Warschau	8 T.	87⅞ bz.
Bremen	8 T.	109¾ bz.

Berlin, 1. Aug. Weizen loco 65—82 Thlr. nach Qualität, gelber galiz. 73 Thlr. ab Bahn bez. — Roggen loco neuer 54 Thlr. ab Boden bez., polnischer 51—52 Thlr. frei Mühle bez., abgelaufener Kündigungsschein ⅞—1 Thlr. Aufgeld bez., Aug. 52¼—⅛—51¾ Thlr. bez. und Gld., 52 Thlr. Br., Aug.-Septbr. 51—¼—51 Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 50½—¾—½ Thlr. bez. und Gld., ¾ Thlr. Br., Oktbr.-Novbr. 49⅞—½—¼ Thlr. bez. und Gld., ½ Thlr. Br., Nov.-Dezbr. 48¼—⅛—¼ Thlr. bez., Frühjahr 48—47¾—48 Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 36—41 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 26—28½ Thlr., weißer schles. 27—28 Thlr. bez., Lieferung pr. Aug. 25¾ Thlr. bez., Aug.-Septbr. 25¾ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 25½ Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 25 Thlr. Br., Novbr.-Dezbr. 24¾ Thlr. Br. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 51—58 Thlr. — Winterraps und Winterrübsen 95—102 Thlr. — Rüböl loco 14⅙ Thlr. bez., Aug. 14 Thlr. bez., und Gld., Aug.-Septbr. 14 1/12 Thlr. Br., 1/24 Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 14—1/12 Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 14—1/12 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 14 1/24—1/12 Thlr. bez., April-Mai 13 11/12—14 Thlr. bez. — Leinöl loco 14 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19⅔ Thlr. bez., Aug. und Aug.-Septbr. 19 5/12—⅙—5/12—⅙ Thlr. bez., Br. und Gld., Septbr.-Oktbr. 19⅙—7/24 Thlr. bez., ⅓ Thlr. Br., ¼ Thlr. Gld., Oktbr.-Novbr. 18⅚—5/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Novbr.-Dezbr. 17 11/12 Thlr. bez. und Gld., 18 Thlr. Br., April-Mai 1863 18¼ Thlr. bez.

Weizen matt. Roggen disponible ging, hauptsächlich in abgelaufenen Kündigungsscheinen, in größeren Posten um. Termine eröffneten fest, gaben aber unter reichlichem Angebot wieder nach und schließen ruhig. Hafer loco höhere Termine fest. Rüböl war überwiegend gefragt und blieben Abgeber zurückhaltend. Preise gestalteten sich daher zu Gunsten der Verkäufer. Spiritus eröffnete zu den gestrigen Schlußpreisen, befestigte sich nach einer coulant aufgenommenen Kündigung von 750,000 Qrt. und schließt sehr fest.

Breslau, 2. August. Wind: Süd-Ost. Wetter: sehr schön. Thermometer Früh 10° Wärme. Die Zufuhren von Getreide waren heut mittelmäßig gut, die Kauflust ohne wesentliche Anregung.

Weizen ruhiger, nur feinste Sorten behauptet; pr. 85pfd. weißer 78—92 Sgr., gelber 78-91 Sgr. — Roggen behauptet; pr. 84pfd. 54—56—58—59 Sgr. — Gerste ohne wesentliche Aenderuug; pr. 70pfd. weiße 42—43 Sgr., feinste bis 43½ Sgr. — Hafer behauptet; pr. 50pfd. schlesischer 27½—28½ Sgr. — Erbsen und Wicken wenig Frage. — Rapskuchen 38—44 Sgr. — Oelsaaten in Folge auswärtiger Berichte mehr beachtet. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr.pr.Schff.		Sgr.pr.Schff.
Weißer Weizen	78—83—92	Erbsen	47—52—55
Gelber Weizen	78—82—91	Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.	
Geringer u. blauspitziger	70—74—78	Schlag-Leinsaat	160—185—210
Roggen	55—57—60	Winter-Raps	185—208—236
Gerste	40—42—45	Winter-Rübsen	200—220—232
Hafer	24—27—30	Sommer-Rübsen	180—195—210

Kleesaat sehr still, rothe 8—10—11¾—14 Thlr., weiße 9—11½ bis 14½—16½ Thlr., neue 15—18 Thlr., hochfeine bis 19 Thlr.

Thymothee 6—8½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 20—23 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco und Sommermonate 13⅚ Thlr., pr. Herbst 13¾ Thlr., eher Geld. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18½ Thlr. Geld, Termine 18¾ Thlr., Wintermonate 17¼ Thlr.

Posen, 1. August. Wetter: schön. Roggen: matter. Gek. 25 Wispel. Loco per d. Monat 44⅙—¼ bez. u. Br., August-September 44 Br., September-Oktober 43½ bez., October-November 43 Gld., November-Dezember 42½ bez. u. Gld., ¾ Br., Dezember-Januar 42½ Br.

Spiritus: fest. Gek. 6000 Qrt. Loco per d. Monat 18½ bez., ⅓ Gld. u. Br., September 18 5/12—½ bez. u. Gld., Oktober 17 11/12 bez. u. Br., ⅚ Gld., November 17¼ Gld., Dezember 17½ Br., 17 Gld., Januar 1863 17 Gld. Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein, in Vertretung: R. Schleban in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.